

Einbürgerungstest Simulation

Test 3 von 5 · Bundesland Saarland

33 Fragen · 30 allgemein + 3 Landesfragen · Zum Bestehen: mindestens 17 richtige Antworten

Hinweise: Kreuze bei jeder Frage eine Antwort an. Die richtige Lösung findest du im Lösungsschlüssel am Ende dieses PDFs. In der echten Prüfung hast du 60 Minuten Zeit.

1 In Deutschland dürfen Menschen offen etwas gegen die Regierung sagen, weil ...

- A) hier Religionsfreiheit gilt.
- B) die Menschen das Wahlrecht haben
- C) hier Meinungsfreiheit gilt.
- D) die Menschen Steuern zahlen.

2 In Deutschland helfen ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer bei den Wahlen. Was ist eine Aufgabe von Wahlhelferinnen/Wahlhelfern?

- A) Sie schreiben Karten und Briefe mit der Angabe des Wahllokals.
- B) Sie helfen Kindern und alten Menschen beim Wählen.
- C) Sie zählen die Stimmen nach dem Ende der Wahl.
- D) Sie geben Zwischenergebnisse an Journalisten weiter.

3 Wer ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland?

- A) die Bundesratspräsidentin/der Bundesratspräsident
- B) die Bundestagspräsidentin/der Bundestagspräsident
- C) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident
- D) die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler

4 Welches Tier ist das Wappentier der Bundesrepublik Deutschland?

- A) Bär
- B) Adler
- C) Pferd
- D) Löwe

5 Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Gründungsmitglied ...

- A) des Nordatlantikpakts (NATO).
 - B) der Europäischen Union (EU).
 - C) der Vereinten Nationen (VN).
 - D) des Warschauer Pakts.
-

6 Woraus begründet sich Deutschlands besondere Verantwortung für Israel?

- A) aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
 - B) aus den nationalsozialistischen Verbrechen gegen Juden
 - C) aus der christlichen Tradition
 - D) aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU)
-

7 Sie gehen in Deutschland zum Arbeitsgericht bei ...

- A) ungerechtfertigter Kündigung durch Ihre Chefin/Ihren Chef.
 - B) Schwierigkeiten nach einem Verkehrsunfall.
 - C) falscher Nebenkostenabrechnung.
 - D) Problemen mit den Nachbarinnen/Nachbarn.
-

8 Welche Städte haben die größten jüdischen Gemeinden in Deutschland?

- A) Worms und Speyer
 - B) Nürnberg und Stuttgart
 - C) Berlin und München
 - D) Hamburg und Essen
-

9 Was hat jedes deutsche Bundesland?

- A) eine eigene Armee
 - B) eine eigene Regierung
 - C) eine eigene Außenministerin/einen eigenen Außenminister
 - D) eine eigene Währung
-

10 Wie viele Besatzungszonen gab es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg?

- A) 3
 - B) 4
 - C) 5
 - D) 6
-

11 Was bedeutet "Rechtsstaat" in Deutschland?

- A) Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden über Gesetze.
 - B) Der Staat hat Recht.
 - C) Der Staat muss die Gesetze einhalten.
 - D) Es gibt nur rechte Parteien.
-

12 Wen kann man als Bürgerin/Bürger in Deutschland **nicht**** direkt wählen?**

- A) Abgeordnete des EU-Parlaments
 - B) Landtagsabgeordnete
 - C) Die Bundespräsidentin/den Bundespräsidenten
 - D) Bundestagsabgeordnete
-

13 Im Parlament steht der Begriff "Opposition" für ...

- A) die Fraktion mit den meisten Abgeordneten.
 - B) die regierenden Parteien.
 - C) alle Parteien, die bei der letzten Wahl die 5%-Hürde erreichen konnten.
 - D) alle Abgeordneten, die nicht zu der Regierungspartei/den Regierungsparteien gehören.
-

14 Man will die Buslinie abschaffen, mit der Sie immer zur Arbeit fahren. Was können Sie machen, um die Buslinie zu erhalten?

- A) Ich wende mich an das Finanzamt, weil ich als Steuerzahlerin/Steuerzahler ein Recht auf die Buslinie habe.
 - B) Ich werde Mitglied in einem Sportverein und trainiere Radfahren.
 - C) Ich schreibe einen Brief an das Forstamt der Gemeinde.
 - D) Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine Initiative.
-

15 Zu welcher Versicherung gehört die Pflegeversicherung?

- A) Unfallversicherung
 - B) Hausratsversicherung
 - C) Haftpflicht- und Feuerversicherung
 - D) Sozialversicherung
-

16 Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde der Staat Israel gegründet?

- A) eine Resolution der Vereinten Nationen
 - B) ein Vorschlag der UdSSR
 - C) ein Beschluss des Zionistenkongresses
 - D) ein Vorschlag der Bundesregierung
-

17 Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

- A) Nordrhein-Westfalen
 - B) Hessen
 - C) Saarland
 - D) Sachsen-Anhalt
-

18 Sie möchten bei einer Firma in Deutschland Ihr Arbeitsverhältnis beenden. Was müssen Sie beachten?

- A) die Arbeitszeit
 - B) die Versicherungspflicht
 - C) die Kündigungsfrist
 - D) die Gehaltszahlungen
-

19 Wer baute die Mauer in Berlin?

- A) die USA
 - B) die DDR
 - C) Großbritannien
 - D) die Bundesrepublik Deutschland
-

20 Von 1961 bis 1989 war Berlin ...

- A) durch eine Mauer geteilt.
 - B) ein eigener Staat.
 - C) ohne Bürgermeister.
 - D) nur mit dem Flugzeug erreichbar.
-

21 Wer darf in Deutschland nicht als Paar zusammenleben?

- A) Tom (20 Jahre) und Klaus (45 Jahre)
 - B) Sofie (35 Jahre) und Lisa (40 Jahre)
 - C) Hans (20 Jahre) und Marie (19 Jahre)
 - D) Anne (13 Jahre) und Tim (25 Jahre)
-

22 Je mehr "Zweitstimmen" eine Partei bei einer Bundestagswahl bekommt, desto ...

- A) weniger Erststimmen kann sie haben.
 - B) mehr Direktkandidaten der Partei ziehen ins Parlament ein.
 - C) mehr Sitze erhält die Partei im Parlament.
 - D) größer ist das Risiko, eine Koalition bilden zu müssen.
-

23 Was macht eine Schöffin/ein Schöffe in Deutschland? Sie/Er ...

- A) gibt Bürgerinnen/Bürgern rechtlichen Rat.
 - B) entscheidet mit Richterinnen/Richtern über Schuld und Strafe.
 - C) verteidigt die Angeklagte/den Angeklagten.
 - D) stellt Urkunden aus.
-

24 Was verbietet das deutsche Grundgesetz?

- A) Zwangsarbeit
 - B) Militärdienst
 - C) Arbeit im Ausland
 - D) freie Berufswahl
-

25 Wann wurde die Mauer in Berlin für alle geöffnet?

- A) 1987
 - B) 1992
 - C) 1995
 - D) 1989
-

26 Was ist eine Aufgabe der Polizei in Deutschland?

- A) die Einhaltung von Gesetzen zu überwachen
 - B) die Bürgerinnen und Bürger abzuhören
 - C) die Gesetze zu beschließen
 - D) das Land zu verteidigen
-

27 Bei Erziehungsproblemen können Eltern in Deutschland Hilfe erhalten vom ...

- A) Gesundheitsamt.
 - B) Ordnungsamt.
 - C) Jugendamt.
 - D) Schulamt.
-

28 Was ereignete sich am 17. Juni 1953 in der DDR?

- A) der erste Besuch Fidel Castros
 - B) der 1. SED-Parteitag
 - C) der feierliche Beitritt zum Warschauer Pakt
 - D) landesweite Streiks und ein Volksaufstand
-

29 Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

- A) Brandenburg
- B) Bayern
- C) Hessen
- D) Saarland

30 Welches Grundrecht ist in Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiert?

- A) Religionsfreiheit
- B) Meinungsfreiheit
- C) die Unantastbarkeit der Menschenwürde
- D) das Recht auf Leben

31 Wo können Sie sich im Saarland über politische Themen informieren?

- A) beim Ordnungsamt der Gemeinde
- B) bei der Verbraucherzentrale
- C) bei den Kirchen
- D) bei der Landeszentrale für politische Bildung

32 Ab welchem Alter darf man im Saarland bei Kommunalwahlen wählen?

- A) 16
- B) 18
- C) 20
- D) 14

33 Welches Wappen gehört zum Bundesland Saarland?



- A) Bild 2
- B) Bild 4
- C) Bild 1
- D) Bild 3

Einbürgerungstest Simulation 3

Saarland · Richtige Antworten

1.	C	hier Meinungsfreiheit gilt.
2.	C	Sie zählen die Stimmen nach dem Ende der Wahl.
3.	C	die Bundespräsidentin/der Bundespräsident
4.	B	Adler
5.	B	der Europäischen Union (EU).
6.	B	aus den nationalsozialistischen Verbrechen gegen Juden
7.	A	ungerechtfertigter Kündigung durch Ihre Chefin/Ihren Chef.
8.	C	Berlin und München
9.	B	eine eigene Regierung
10.	B	4
11.	C	Der Staat muss die Gesetze einhalten.
12.	C	Die Bundespräsidentin/den Bundespräsidenten
13.	D	alle Abgeordneten, die nicht zu der Regierungspartei/den Regierungsparteien gehören.
14.	D	Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine Initiative.
15.	D	Sozialversicherung
16.	A	eine Resolution der Vereinten Nationen
17.	D	Sachsen-Anhalt
18.	C	die Kündigungsfrist
19.	B	die DDR
20.	A	durch eine Mauer geteilt.
21.	D	Anne (13 Jahre) und Tim (25 Jahre)
22.	C	mehr Sitze erhält die Partei im Parlament.
23.	B	entscheidet mit Richterinnen/Richtern über Schuld und Strafe.
24.	A	Zwangsarbeit
25.	D	1989
26.	A	die Einhaltung von Gesetzen zu überwachen
27.	C	Jugendamt.
28.	D	landesweite Streiks und ein Volksaufstand
29.	A	Brandenburg

30.	C	die Unantastbarkeit der Menschenwürde
31.	D	bei der Landeszentrale für politische Bildung
32.	B	18
33.	B	Bild 4

Quelle: Offizieller Fragenkatalog des BAMF. Dieses Übungs-PDF ist kein amtliches Prüfungsdokument.